

M i l l b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal



Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.30 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Bereich monatlich 1.60 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 30 bei der Oberamtspostkasse Reutendorfer Straße 11, Wildbad. — Postkonto: Enztalbank Gärber & Co., Wildbad; Forstheimer Gewerbetreibende Filiale Wildbad. — Postfachkonto 291 1/2 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Restbetrag 30 Pf. Rabatt nach Tarif für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Inhalt der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beilegung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg.
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 86, Telefon 179. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 132 Fernruf 479 Donnerstag, den 9. Juni 1932 Fernruf 479 67. Jahrgang.

Eine Weltkrisenkonferenz in Sicht!

Auch das noch? Als ob wir nicht genug Konferenzen hätten. Sie jagen einander wie am laufenden Bande und lassen die Völker und ihre Staatsmänner nicht mehr zur Ruhe kommen. Dabei hat man noch das peinliche Gefühl, als ob erst nicht viel erreicht würde. Dies gilt ganz besonders von den Weltwirtschaftskonferenzen, und zu ihnen zählt die jüngst in Aussicht genommene „Weltkrisenkonferenz“. Denn was hat man nicht alles auf jenen Konferenzen hübsch fein zur Erleichterung des Welthandels beschlossen — und das Ergebnis? So gut wie Null, ja meist genau das Gegenteil taten die Regierungen: Statt Beseitigung der internationalen Handelshindernisse — erst recht Erhöhung der Zollmauern, Kontingentierungen, neue Einfuhrverbote, kurz Drosselung der Einfuhr, Auiartie, Abschluß der nationalen Wirtschaft gegen außen. Jeder Staat dachte nur an seinen augenblicklichen Vorteil. Dabei waren wir Deutsche ganz besonders übel daran. Forderte man doch von uns unerträgliche Leistungen (1,8 Milliarden Zinsen für unsere 28 Milliarden Auslandsschulden und dazu noch jährlich 2 Milliarden Tribute), die wir nur durch den Außenhandel verdienen konnten. Andererseits nahm man uns keine Waren ab oder mußten wir sie zu Dumpingpreisen verschleudern, nur damit wir mit knapper Not unseren äußersten Verpflichtungen nachkommen konnten.

Wird es auch diesmal wieder so gehen? Am einfachsten wäre es gewesen — so war's auch ursprünglich geplant —, man hätte diese Weltkrisenkonferenz der Lausanner Tributkonferenz als zweiten Teil angehängt. So hat Professor Gregori, der wirtschaftliche Berater der englischen Regierung, in einer Erklärung darauf hingewiesen, daß die Beendigung der Weltwirtschaftskrise und die Festlegung der Weltmarktpreise nicht ohne die vorherige Lösung der Tribut- und Kriegsschuldenfrage möglich sei. Aber gerade an die letztere will Amerika aus greiflichen Gründen, die in diesen Blättern schon wiederholt erörtert wurden, um keinen Preis, zumal jetzt unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen, herantreten. Und so meidet Washington ängstlich Lausanne und hat auch für die zeitlich und örtlich getrennte Weltkrisenkonferenz die Forderung gestellt, daß dort mit keinem Sterbenswortlein von den Kriegsschulden gesprochen werden dürfe. Ob das möglich sein wird? Andererseits hat Amerika das allergrößte Interesse an der Beseitigung der Weltkrisen, unter der es nach den Jahren glänzender Hochkonjunktur verhältnismäßig mehr leidet als andere Länder. Rückgang der Produktion, Arbeitslosigkeit, Kreditnot und Arbeitslosigkeit — das alles lastet jetzt schwer auf dem Bande der „unbegrenzten Möglichkeiten“.

Die Preußenfrage Verfassungsmäßige Regierung?

Berlin, 8. Juni. Zu den Erörterungen über die Regelung der Verhältnisse in Preußen und den Behauptungen von den Plänen der Reichsregierung, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, wird von zuständiger amtlicher Seite mit allem Nachdruck betont, es ist absolut falsch, daß der Reichskanzler und die Reichsregierung auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen zusehen.

Im Gegenteil legen Kanzler und Reichsregierung den größten Wert auf die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung in Preußen und sie sind bereit, an der Bildung einer solchen Regierung mitzuwirken.

Aus Kreisen der preußischen Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß in der gestrigen Besprechung in der Reichskanzlei Staatsminister Hirtzfelder in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident dem Reichskanzler gegenüber Verwahrung dagegen eingelegt hat, daß der Kanzler sich unter Umgehung der geschäftsführenden preußischen Staatsregierung in einem Schreiben an den Präsidenten des Landtags gewandt hat. Wie von preußischer Seite weiter mitgeteilt wird, habe der Reichskanzler dem Staatsminister Hirtzfelder bestätigt, daß in Zukunft das direkte Verfahren gewahrt werden würde. Staatsminister Hirtzfelder hat in einem Schreiben vom heutigen Tage an den Reichskanzler noch einmal diese Erklärung bestätigt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft der von dem Kanzler selbst angegebene übliche Weg gewählt werden wird.

In preußischen Regierungskreisen wird zu diesem Schreiben der Staatsregierung betont, daß die geschäftsführende preußische Staatsregierung die einzige verfassungsmäßig zuständige Regierung in Preußen ist. Im übrigen sieht man in diesen Kreisen hinsichtlich der Frage eines Reichskommissars auf dem Standpunkt, daß auf Grund der objektiven staatsrechtlichen Prüfung die Einsetzung eines solchen für Preußen nicht möglich ist.

Wie wir erfahren, wird das preußische Kabinett heute nachmittag die Verhandlungen über die Sicherung der preußischen Staatsfinanzen fortzuführen. Den Vormittag über

Tagespiegel

Der Reichskanzler verhandelte heute mittag mit Vertretern des preußischen Zentrums über die Ministerpräsidentenfrage.

Zu der Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß Reichsaussenminister Feiler, v. Neurath in London ein Memorandum über die deutsche Zahlungsfähigkeit überreicht habe, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß weder in London noch in den anderen Hauptstädten ein solches Memorandum überreicht worden ist.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß in Berlin wurden etwa 20 Personen verletzt.

Die französische Kammer hat mit 390 gegen 152 Stimmen durch die Annahme der von den durch Sozialisten und Radikale vorge schlagenen Entschlebung dem Kabinett Herriot das Vertrauen ausgesprochen.

Der italienische Botschafter in London, Bordonaro, der gestern abend einen schweren Herzanfall erlitt, ist heute früh gestorben.

Der Führer der altkroatischen Rechtspartei, Dr. Budak in Agram, der gestern auf offener Straße überfallen und schwer verletzt wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Es soll sich um ein politisches Attentat handeln.

haben in den Ressorts eingehende Besprechungen stattgefunden mit dem Ziel weiterer Etappenstriche. Sowohl diese Beratungen wie auch die über die Aufbringung der noch erforderlichen Deckungsmittel sind nunmehr so weit gediehen, daß man in unrichtigten preußischen Kreisen noch für heute mit dem Abschluß der Kabinettsberatungen rechnet. Darnach wird die Notverordnung voraussichtlich heute abend er scheinen. Die Verschiebung der Kabinettsitzung auf den Nachmittag hat auch noch den Grund, daß die dem Zentrum angehörenden Mitglieder der Staatsregierung heute vormittag an der Vorstandssitzung ihrer Partei teilnahmen.

In der gestrigen Besprechung beim Reichskanzler haben die preußischen Vertreter versucht, wenigstens eine grundsätzliche Anerkennung des Beitrages von 100 Millionen Mark zu erreichen, die Preußen als Gegenleistung für die abgetretenen preußischen Anteile an der Sieidlungsbank in Aussicht gestellt worden seien. Da das Reich Mittel hierfür nicht zur Verfügung hat, wollte die preußische Regierung mit Hilfe dieser grundsätzlichen Anerkennung den genannten Beitrag bei der Reichsbank diskontieren lassen, um so den Haushalt ausgleichen zu können. Bei den Verhandlungen Preußen-Reich scheint aber Klarheit hierüber nicht erzielt worden zu sein.

Somit bleiben für Preußen nur zwei Möglichkeiten: Das preußische Kabinett kann entweder die Haushaltsmaßnahmen gemeinsam mit dem ständigen Ausschuss treffen, oder auf die Reichsnotverordnung zurückgreifen, die den Ländern und Gemeinden das Notverordnungsrecht in Haushaltsfragen überträgt.

Es ist anzunehmen, daß das preußische Kabinett von dieser letzteren Möglichkeit Gebrauch machen wird. Eine Entscheidung darüber, ob der Ausgleich etwa durch Einführung der Schlachtsteuer bzw. durch eine Kürzung der Beamtengehälter oder auf andere Weise geschaffen werden soll, dürfte in der heutigen Kabinettsitzung fallen.

Deutschnationale Erklärung

Berlin, 8. Juni. Von deutschnationaler Seite wird auf eine Aeußerung des Nationalsozialistischen Pressedienstes, wonach die NSDAP. für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten in Preußen zu stimmen gedanke, folgende Erklärung abgegeben: Seitens der Deutschnationalen Volkspartei ist ein Anspruch auf das Amt des preußischen Ministerpräsidenten nicht erhoben worden. Verhandlungen über die Bildung eines neuen preußischen Kabinetts sind unsererseits weder mit der NSDAP. noch mit dem Zentrum geführt worden. Warum die NSDAP. es für notwendig gehalten hat, auf Grund leerer Pressekombinationen eine deutschnationale Ministerpräsidentenchaft an vor. als grundsätzlich abzulehnen, entspricht sich unserer Kenntnis. Wenn, wie es den Anschein hat, die NSDAP. eine Aenderung der Verhältnisse in Preußen mit Hilfe des Zentrums erreichen will, so sieht die DNVP. keine Veranlassung, dem Ergebnis dieser Bestrebungen vorzugreifen.

Drei Notverordnungen zu erwarten

Berlin, 8. Juni. Zu den Mitteilungen über die gestrige Kabinettsitzung erfahren wir ergänzend, daß die neue Notverordnung der Reichsregierung voraussichtlich in der ersten Hälfte der nächsten Woche herauskommen wird. Praktisch handelt es sich dabei um zwei Notverordnungen, nämlich einmal um den Etat, zum anderen um die Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen, denen gleichzeitig eine Verordnung über die öffentliche Ordnung und Sicherheit angefügt werden wird.

Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis 1. April, also auf 9 Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J. bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der vom Kabinett Brüning vorgenommenen Umlegung des Beginns des Etatsjahres auf den 1. Juli. Die Ersparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsitzung angekündigt worden sind, beziehen sich auf sachliche Ausgaben, d. h. also, daß Gehaltsstärzungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch zur Einführung einer Besäftigtensteuer kommt, ist offenbar noch nicht ganz genau geklärt. Ein wesentlicher Teil der Ersparnismaßnahmen bezieht sich auf die Kapitel, die unter dem Begriff Verliche-rungsetat zusammengefaßt werden und die im ganzen die Summe von 3,018 Milliarden ergeben. Auf diesem Gebiet sind anheind weitere Abstriche geplant. Zum größten Teil dürfte es sich aber darum handeln, andere Deckungsmöglichkeiten zu suchen. Im einzelnen ist die Verwirklichung dieser neuen Ideen den Kabinettsberatungen der nächsten Tage vorbehalten. Als sicher kann aber schon jetzt angenommen werden, daß eine Zusammenlegung der drei verschiedenen Arten der Arbeitsloshilfe nicht in Frage kommt.

In Ergänzung dieser Meldung über die Arbeiten des Reichskabinetts erfahren wir von unterrichteter Seite, daß zur Regelung der im Augenblick anstehenden Fragen aller Voraussicht nach drei Notverordnungen erlassen werden, die die Aufgaben der Regierung in drei große Fragenkomplexe gliedern.

Zunächst wird es sich darum handeln, eine besondere Verordnung zur Regelung der Kassen- und Etatlage herauszubringen, die anknüpft an die bereits von der früheren Regierung geleisteten Vorarbeiten, aber im Gegensatz zu den Plänen der früheren Regierung nicht verkoppelt werden soll mit den rein reformatorischen Arbeiten. Dieser zweite Fragenkomplex wird in einer besonderen Notverordnung zusammengefaßt werden. Die dritte Notverordnung wird sich dann mit den wesentlichsten politischen Fragen beschäftigen, in der Hauptsache mit dem SA. Verbot, der Uniformfrage und der Regelung der Pressebestimmungen. Es ist anzunehmen, daß alle diese Notverordnungen Anfang nächster Woche herauskommen werden.

Personalveränderungen

Berlin, 8. Juni. Der Systemwechsel im Reich wird eine Reihe von personalpolitischen Veränderungen mit sich bringen, die deshalb unbedingt erforderlich sind, weil für das neue Reichskabinett die wirkliche Einheitlichkeit der Politik oberstes Gebot sein muß. Wie wir erfahren, wird u. a. der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Dr. Heu-lamp, seinen Abschied nehmen. Ueber die Person seines Nachfolgers verlautet noch nichts. Außerdem wird auch Staatssekretär Geib vom Reichsarbeitsministerium seinen Posten verlassen. Geibs Entschluß dürfte damit zusammenhängen, daß der Reichspräsident noch am Montag abend den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Schäffler, zum Reichsarbeitsminister ernannt hat. Eine Reihe von Veränderungen steht auch im Reichsinnenministerium bevor. Bisher ist nur bekannt geworden, daß der der Sozialdemokratie angehörende Ministerialdirektor Meinel ausscheiden wird. Nach unseren Informationen wird aber auch der Ministerialdirektor Hänischel alsbald seinen Posten verlassen. Die Beseitigung dieser beiden Persönlichkeiten, an denen Reichsinnenminister Groener politisch gescheitert ist, stellt für den neuen Reichsinnenminister, Freiherrn von Gans, eine absolute politische Notwendigkeit dar. Denn je stärker das Innenministerium jetzt in den innenpolitischen Kampf hineintritt, desto unbedingt ist es erforderlich, daß diese beiden Persönlichkeiten aus ihren Ämtern entfernt werden. Die nächsten Tage dürften noch weitere personalpolitische Veränderungen bringen.

Zusammenkunft der Ministerpräsidenten

Berlin, 8. Juni. Wie wir erfahren, sind die Ministerpräsidenten der Länder auf Samstag vormittag zu einer Konferenz bei der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Reichskanzler sich bei dieser Gelegenheit den führenden Vertretern der Länder vorstellen will und darüber hinaus die aktuellen innerpolitischen Fragen zur Sprache kommen werden.

Der Zentrums-Vorstand tritt zusammen

Berlin, 8. Juni. Der Erweiterte Vorstand der Zentrumspartei trat am Mittwoch im Reichstag zu einer Tagung zusammen, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen wird. Bei den Beratungen dürfte es sich nicht nur um die Stellungnahme zur Reichstagsauflösung und den Fragen des Wahlkampfes, sondern auch um die Haltung des Zentrums gegenüber der preußischen Frage handeln. Man erwartet von der Sitzung des Vorstandes eine entscheidende Aeußerung zur Frage der Regierungsbildung in Preußen, die ja entsprechend dem Wunsche des Reichskanzlers schon in der nächsten Woche geklärt werden soll. Den Vorsitz in der Vorstandssitzung führte der Parteivorsitzende Dr. Kaas. Die preußischen

